

## «Aus einer anderen Zeit»

### Radikale Renten- und Steuerpläne der US-Regierung Bush

*Die Debatte über George W. Bushs wirtschaftspolitische Pläne hat begonnen. Der US-Präsident will die staatliche Altersvorsorge teilprivatisieren und das Steuersystem auf den Kopf stellen.*

LUZIAN CASPAR/WASHINGTON

Er habe politisches Kapital aufgebaut, und dies wolle er jetzt gebrauchen, sagte US-Präsident Bush in seiner ersten Pressekonferenz nach dem Wahlsieg. Damit bestätigte er Spekulationen, wonach er beabsichtigen dürfte, seine zweite und letzte Amtszeit zu einem wirtschafts- und sozialpolitischen Rundumschlag zu benützen. Wichtigste Ziele seien eine Teilprivatisierung der staatlichen Altersvorsorge Social Security und eine radikale Reform des Steuersystems, sagte Bush.

#### «Nostalgische Gefühle»

Social Security, die ähnlich strukturiert ist wie die AHV, stammt von 1935 und ist Teil des New Deal des damaligen Präsidenten Roosevelt. Es war Amerikas Antwort auf den Faschismus und verankerte erstmals das Prinzip der sozialen Solidarität. Jetzt aber wollen die Republikaner das System teilprivatisieren. Vielleicht 20% der Beiträge (heute 12,4%) sollen die Amerikaner künftig selber investieren dürfen, versprechen die Reformer. Damit könne man eine höhere Rendite erzielen. Aber das Projekt würde die Social Security ruinieren. 1000 bis 2000 Mrd. \$ würde die Reform dem staatlichen System entziehen, schätzen Experten. Das Loch könnte nur gestopft werden, indem die Beitragssätze erhöht (politisch kaum durchsetzbar) oder die Leistungen gekürzt würden. Das Rentenalter müsste erhöht werden, und die Renten würden sinken. Das heutige System stamme «aus einer anderen Zeit», hiess es schon in Bushs Wahlprogramm. Ein Hindernis seien nur «die nostalgischen Gefühle», die viele Amerikaner noch immer für das New-Deal-Programm hätten, sagen Republikaner, doch nach dem Wahlsieg müsse dieser Widerstand gebrochen werden. Profiteure einer Teilprivatisierung der Social Security wären die Banken. Denn hunderte Mrd. Dollar an zusätzlichen Spargeldern müssten angelegt werden. Kein Wunder, applaudiert die Finanzindustrie begeistert.

#### Konsum stärker besteuern

Noch radikaler sind die Pläne für das Steuersystem. Nach Ansicht der Vordenker der Regierung soll es umgekrempelt werden. Die Pläne sind zwar noch vage; aber das System müsse «einfacher und fairer» werden, sagte Bush. Die individuelle Einkommenssteuer soll nach Ansicht konservativer Vordenker in eine Flat Tax (einheitlicher Steuersatz) umgewandelt oder gar ganz abgeschafft werden. Ersetzt würde die Einkommenssteuer durch neue Steuern auf dem Konsum, darunter vielleicht erstmals eine Mehrwertsteuer.

#### Gewerkschaften schwächen

Ziel ist erneut die Entlastung der reichen Steuerzahler. «Ist es fair, dass 5 Prozent der Steuerzahler 54 Prozent der Einkommenssteuern bezahlen?», fragt Charles Murray, der umstrittene Ökonom des American Enterprise Institute. Auch die Steuern auf Kapitalgewinnen, Dividenden und Zinseinnahmen sollen weiter gesenkt werden, und die Erbschaftssteuer will Bush ganz abschaffen. Es sei Zeit, nicht mehr nur über die

Konjunktur nachzudenken, sondern die Wirtschaft fundamental zu stärken und von übersetzten Steuern, Regulierungen und gerichtlichen Einschränkungen zu befreien, sagt Tom DeLay, Sprecher des Repräsentantenhauses. Stephen Moore vom Club for Growth, Grover Norquist von der Interessengruppe Americans for Tax Reform und Paul Weyrich von der Heritage Foundation präsentieren eine Liste weiterer Forderungen: Einschränkung der Haftpflichtklagen, freie Wahl im Gesundheitswesen, Outsourcing von Regierungsaufgaben und neue Auflagen für die Gewerkschaften mit dem Ziel, diese zu schwächen. «Wenn wir es jetzt nicht schaffen, eine konservative Agenda durchzudrücken, wann dann?», fragt der republikanische Vordenker Richard Viguerie.

Wörtlich

## «Nicht finanzierbar»

Es ist an der Zeit, dem Volk klar zu machen, dass die heutigen Leistungen der staatlichen Altersvorsorge nicht finanzierbar sind.

Alan Greenspan, US-Notenbankchef

Copyright © St.Galler Tagblatt

Eine Publikation der Tagblatt Medien